

CLIMBAU

Die Auswirkungen des Pariser Klimaabkommens auf die heimische Bau- und Immobilienwirtschaft

L. Clementschitsch; T. Belazzi, beide *bauXund forschung und beratung gmbh*
 R. Korab, *raum & kommunikation GmbH*; H. Formayer, *Institut für Meteorologie d. Universität für Bodenkultur Wien*

Ausgangssituation

Derzeit entfallen rund 10% der österreichischen THG (Treibhausgas)-Emissionen auf Heizen, Warmwasser und Kühlung von Gebäuden. Auch die Produktion von Baustoffen verursacht hohe THG-Emissionen. Das Pariser Klimaabkommen schreibt den Industrieländern (auch für Österreich) einen Verzicht auf den Einsatz fossiler Energieträger und eine Reduktion der THG-Emissionen um mind. 80% (bezogen auf 2005) bis 2050 vor.

Ziele

- Charakterisierung des Anpassungsbedarfs der heimischen Bau- und Immobilienwirtschaft unter den Vorgaben des Pariser Übereinkommens
- Priorisierung der wichtigsten Anpassungsmaßnahmen
- Erstellung eines „Paris-Fahrplans“ für politische EntscheidungsträgerInnen

Methode

Erstellen des Interviewleitfadens

- 28 qualitative Fragen, bestehend aus zwei Teilen
- Begleitet durch einen wissenschaftlichen Beirat
- Qualitätsgesichert durch 2 Testinterviews

ExpertenInnen-interview

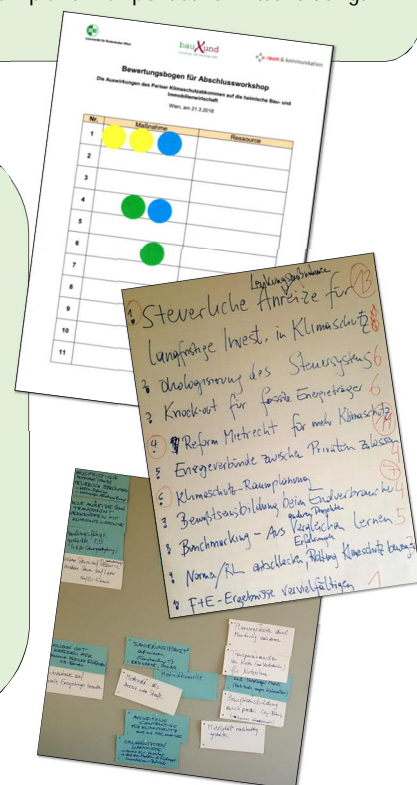
- 14 Personen von 12 repräsentativen Unternehmen
- Bauträger, Baufirmen, Bauherrnberater und Produkthersteller
- Interviewdauer ein 1 bis 2 Std. (face-to-face od. telefonisch)

ExpertInnen-Workshop

- 9 der 14 InterviewpartnerInnen anwesend
- Zwei Arbeitsgruppen mit Fragen zur Beantwortung
- Diskussion und Bewertung der Ergebnisse sowie Erarbeiten eines Maßnahmenkatalogs

Verfassen des Endberichtes

- Clustern aller Aussagen aus Interviews und Workshop
- Ableiten von Ergebnissen
- Erstellen eines Maßnahmenkataloges: „Paris-Fahrplan“



Ergebnis: „Paris-Fahrplan“

Maßnahmenbereich I – fiskalisch

- Steuerliche Lenkungsmaßnahmen für langfristige Investitionen
- Ökologisierung des Steuersystems forcieren
- Steuervorteile für fossile Energieträger abschaffen

Maßnahmenbereich II – legistisch

- Klimaschutz im Mietrecht verankern
- Normen und Richtlinien "entschlacken" und in Richtung Klimaschutz adaptieren
- Energieverbände zwischen Privaten zulassen

Maßnahmenbereich III – planerisch

- Energie- und „Klimawirkungs“-Buchhaltung für Immobilien vorschreiben
- Raumplanung an Klimaschutz ausrichten

Maßnahmenbereich IV – bewusstseinsbildend

- Bewusstseinsbildung beim Endverbraucher in Bezug auf Klimaschutz erhöhen
- Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung stärker in der Praxis verankern

Fazit

- Das Bewusstsein für Klimaschutzmaßnahmen ist gering .
- Klimafreundliches Bauen ist kein relevanter Kostentreiber (Kostenvursacher sind Stellplätze, Brandschutz und Grundstückspreise, nicht jedoch die Energiekosten).
- Die Einführung einer CO₂-Steuer und vorzeitige Abschreibungen für Klimaschutzinvestitionen können wichtige Signale setzen.
- Eine Klimaschutzorientierte Raumplanung ist noch in den Kinderschuhen.
- Eine Ökobilanzierung im Bauwesen ist wichtig, aber erst am Anfang..